

Liebe Leserin, lieber Leser,

es gibt Neues aus dem Landtag und dem Wahlkreis!



Heute im Newsletter:

- **Mein Standpunkt:** Kommunale Zusammenarbeit stärker nutzen, um Bürgerinnen und Bürger zu entlasten
- **Aus dem Wahlkreis:** Quartiersplatz am Bockenberg eröffnet
- **Aus dem Plenum:** NRW: ein starker Wirtschaftsstandort und dynamische Regionen / Für eine Kultur der Wertschätzung: Maßnahmen zur künftigen Gestaltung des Veteranentags / Mehr Sicherheit vor Ort durch starke Ordnungsbehörden
- **Neues auf Social Media:** Lina Reitz zu Besuch im Landtag



Durchschnittliche Lesedauer: 5 - 10 Minuten

Mein Standpunkt:

Kommunale Zusammenarbeit stärker nutzen um Bürgerinnen und Bürger zu entlasten

→ Die **schwierige Finanzlage der Kommunen** beschäftigt die Landespolitik seit Langem. Auch in der letzten Woche war sie erneut Thema im Plenum des Landtags. Klar ist: Viele Städte und Gemeinden stehen unter erheblichem Druck. Umso wichtiger ist es, **alle Möglichkeiten zu nutzen, die vor Ort zu mehr Wirtschaftlichkeit beitragen** können. Ein Schlüssel kann dabei eine **stärkere interkommunale Zusammenarbeit** sein. Wo Kommunen Aufgaben gemeinsam

besser, effizienter oder günstiger erledigen können, sollte dies ernsthaft geprüft werden.

➡ Diese Frage stellt sich nicht abstrakt, sondern ganz konkret im Alltag der Bürgerinnen und Bürger. **Die Menschen spüren steigende Kosten längst im Alltag.** Wohnen, Energie, Lebensmittel und viele weitere Ausgaben belasten Familien, Arbeitnehmer, Rentner und Betriebe auch bei uns in Bergisch Gladbach und Rösrath. Gerade deshalb müssen auch kommunale Gebühren besonders sorgfältig in den Blick genommen werden. Denn was auf dem Gebührenbescheid nüchtern als Abfallgebühr erscheint, ist für die Bürgerinnen und Bürger am Ende ein ganz konkreter Teil ihrer finanziellen Belastung. **Jede vermeidbare Kostensteigerung muss daher kritisch hinterfragt werden.**

📊 Passend zu dieser Debatte ist kürzlich das **aktuelle Müllgebührenranking** von Haus & Grund und IW Consult veröffentlicht worden. Es hat die Diskussion über die hohen Müllgebühren in Bergisch Gladbach noch einmal deutlich verschärft. Danach liegt **Bergisch Gladbach bei den Müllgebühren im Vergleich der 100 größten deutschen Städte auf dem letzten Platz**; für den zugrunde gelegten Musterhaushalt werden 477,84 Euro genannt. Zugleich ist richtig: Solche Vergleiche sind methodisch nicht immer einfach. Unterschiedliche Abfuhrmodelle, Volumina, Servicegrade, örtliche Besonderheiten und Kostenstrukturen lassen sich nicht vollständig in eine einzige Rangliste pressen. **Auch diese Studie wird deshalb an der einen oder anderen Stelle kritisch zu prüfen sein.**

! Aber selbst, wenn man eventuelle methodische Schwächen berücksichtigt, bleibt der Befund politisch relevant: **Bergisch Gladbach hat bei den Müllgebühren ein Kostenproblem.** Die Studie ist deshalb nicht das letzte Wort, aber sie ist ein Anlass, genauer hinzuschauen. **Dabei hilft es nicht, die Verantwortung nur zwischen einzelnen Akteuren hin- und herzuschieben.** Die Stadt weist selbst darauf hin, dass nur rund 40 Prozent der Restmüllgebühr auf städtische Leistungen entfallen und rund 60 Prozent auf Entsorgungs- und Verwertungsgebühren des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes. **Gerade deshalb muss die gesamte Struktur betrachtet werden:** die städtische Abfallwirtschaft ebenso wie die Verbandsebene, Entsorgungswege, Verträge, Logistik, Verwaltungsaufwand und mögliche Kooperationen.

➡ Aus meiner Sicht sollten wir uns nicht vorschnell auf einen bestimmten Träger, ein bestimmtes Modell oder eine einzelne Schuldzuweisung festlegen. **Entscheidend ist nicht, wer am Ende welche Aufgabe übernimmt, sondern wie die Leistung für die Bürgerinnen und Bürger verlässlich und zugleich günstiger erbracht werden kann.** Wenn eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen Kommunen oder einfachere Strukturen helfen, Kosten zu senken, dann müssen diese Möglichkeiten ernsthaft geprüft werden.

➡ Eine saubere Stadt ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Sie muss funktionieren. Aber sie muss auch bezahlbar bleiben. **Wer Gebühren erhebt, muss den Bürgern**

erklären können, warum diese Gebühren in dieser Höhe notwendig sind und was konkret unternommen wird, um Kosten zu begrenzen.

✓ **Mein Standpunkt ist klar: Bergisch Gladbach darf sich mit hohen Müllgebühren nicht abfinden.** Gerade in der aktuellen finanziellen Lage muss alles darangesetzt werden, kommunale Leistungen wirtschaftlicher zu organisieren und vermeidbare Belastungen der Bürgerinnen und Bürger zu verhindern. Es geht nicht um schnelle Schuldzuweisungen. Es geht darum, die Abfallentsorgung so aufzustellen, dass sie zuverlässig bleibt und die Bürger nicht stärker belastet als nötig.

#LuckeOpJück Aus dem Wahlkreis

Quartiersplatz am Bockenberg eröffnet



👉 Gemeinschaft entsteht nicht von allein. Sie braucht Orte, an denen Menschen zusammenkommen können. Mit dem neuen **Quartiersplatz am Bockenberg** ist genau so ein Ort entstanden. **Neue Wege, Sitzgelegenheiten, Liegestühle, Spielmöglichkeiten und Aufenthaltsflächen schaffen Raum für Begegnung** – für Familien, Kinder, Nachbarn und alle, die hier zuhause sind. Gerade solche Orte machen den Unterschied im Alltag. Hier kann gespielt, sich ausgetauscht,

gemeinsam Zeit verbracht und Nachbarschaft gelebt werden. **Am vergangenen Wochenende wurde der Quartiersplatz nun feierlich eröffnet!**

🇪🇺 **Besonders freut mich, dass wir als Land gemeinsam mit dem Bund dieses Projekt durch die Städtebauförderung NRW ermöglichen konnten.** Rund 430.000 Euro wurden investiert, um die Aufenthaltsqualität am Bockenberg nachhaltig zu verbessern. Genau dafür sind diese Fördermittel da: um Städte und Quartiere zu stärken und die Lebensqualität für uns Menschen vor Ort ganz konkret zu verbessern.

👂 Den Bockenberg begleite ich als zuständiges Ratsmitglied seit vielen Jahren. Umso schöner ist es zu sehen, wie aus einer Idee Schritt für Schritt ein Ort geworden ist, der künftig mit Leben gefüllt wird.

Ich wünsche allen Anwohnerinnen und Anwohnern viel Freude mit ihrem neuen Quartiersplatz!

Aus dem Plenum



Foto: Ralph Sondermann

1 Nordrhein-Westfalen: ein starker Wirtschaftsstandort und dynamische Regionen

! In Deutschland stehen wir vor großen Herausforderungen: hohe Energiekosten, geopolitische Unsicherheiten, Rezession, Stagnation und zunehmender Wettbewerbsdruck. **Das trifft NRW als Industrie- und Exportland besonders.**



Gleichzeitig zeigt sich, dass **NRW Fortschritt erfolgreich gestaltet**. So wird NRW im **Regionalranking** des Instituts der deutschen Wirtschaft NRW als **Aufsteiger-Land des letzten Jahrzehnts** beschrieben.



Das heißt nicht, dass wir uns zurücklehnen können. Wir müssen weiter unsere Hausaufgaben machen, um uns weiter nach vorne zu entwickeln: weniger Bürokratie, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, ausreichend Flächen, bezahlbare Energie und eine konsequente Fachkräftesicherung.



Für uns als CDU ist das ein klarer Auftrag. Deshalb setzt die Landesregierung genau hier an: Mit Entlastungspaketen, Bürokratieabbau, der Fachkräfteoffensive NRW, Stärkung des Handwerks, und Investitionen in moderne Infrastruktur verbessern wir die Standortbedingungen stetig. Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan werden zusätzlich erhebliche Investitionen in Bildung, Forschung und Zukunftstechnologien ermöglicht. Und was dabei entscheidend ist: Diese Mittel müssen in den Regionen ankommen – schnell, unkompliziert und unbürokratisch. Dabei behalten wir alle Regionen im Blick. Denn NRW ist kein homogener Wirtschaftsraum. Jede Region hat ihre eigenen Potenziale und Herausforderungen.



Für eine Kultur der Wertschätzung: Maßnahmen zur künftigen Gestaltung des Veteranentags in Nordrhein-Westfalen



Wer unserem Land gedient hat, heute dient oder als Reservistin oder Reservist Verantwortung übernimmt, verdient öffentliche Anerkennung und Respekt. Mit der Einführung des Veteranentages hat der Deutsche Bundestag ein wichtiges Zeichen gesetzt. Nun gilt es, diesen Tag auch in Nordrhein-Westfalen dauerhaft mit Leben zu füllen.



Ihre Leistungen sollten nicht nur dann sichtbar werden, wenn sie bei Auslandseinsätzen, in Katastrophenlagen oder anderen Krisensituationen besonders gefordert sind. Gerade vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage ist es wichtiger denn je, die Verbindung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu stärken. Nordrhein-Westfalen trägt hierbei eine besondere Verantwortung: Die Bundeswehr ist mit zahlreichen Standorten fest in unserem Land verankert; zugleich prägen ehemalige Soldaten das Leben in vielen Städten und Gemeinden unseres Landes mit.



Für uns als CDU ist deshalb klar: Der Veteranentag darf kein reiner Gedenktag sein. Durch Veranstaltungen, Begegnungen und den Austausch mit Bundeswehr, Kommunen und Verbänden soll er künftig einen festen Platz im öffentlichen Bewusstsein erhalten. Gleichzeitig wollen wir die

Unterstützungsangebote für Veteranen weiter stärken. Denn Wertschätzung darf nicht nur symbolisch sein. Dazu gehören eine bessere Vernetzung bestehender Hilfen, mehr Aufmerksamkeit und Sensibilisierung für psychische Einsatzfolgen sowie niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsstrukturen vor Ort.

3 Mehr Sicherheit vor Ort durch starke Ordnungsbehörden

 **Kommunale Ordnungsbehörden übernehmen wichtige Aufgaben für Sicherheit und Ordnung im unmittelbaren Lebensumfeld der Bürger.** Die Anforderungen an die Beschäftigten vor Ort sind in den vergangenen Jahren jedoch deutlich gestiegen. **Umso wichtiger ist es, dass sie über klare rechtliche Grundlagen und praktikable Instrumente verfügen.** Genau das schaffen wir mit der **Novelle des Ordnungsbehördengesetzes**.

✓ **Ein zentraler Punkt ist, dass ordnungsbehördliche Standardbefugnisse künftig unmittelbar im OBG geregelt werden.** Bisher verweist das Ordnungsbehördengesetz in vielen Bereichen auf Vorschriften des Polizeigesetzes. Diese Verweisungstechnik wird nun weitgehend aufgelöst. **Das macht das Gesetz übersichtlicher, transparenter und für die Praxis leichter anwendbar.** Dazu gehören unter anderem Regelungen zur Befragung und Auskunftspflicht, zur Identitätsfeststellung, zur Datenerhebung und Datenverarbeitung, zur Platzverweisung, zum Gewahrsam sowie zur Durchsuchung von Personen, Sachen und Wohnungen.

✓ **Darüber hinaus schaffen wir erstmals eine eigenständige Rechtsgrundlage für Aufenthaltsverbote.** Damit erhalten die Ordnungsbehörden ein wirksames Instrument, um gegen hartnäckige Störer an bestimmten Orten vorzugehen. Der bisherige Platzverweis wirkt oft nur kurzfristig und reicht bei wiederholten erheblichen Störungen nicht immer aus. Zugleich ist klar: Aufenthaltsverbote sind kein Freibrief. Sie bleiben an konkrete Voraussetzungen, eine belastbare Gefahrenprognose und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden. Außerdem müssen sie zeitlich und räumlich begrenzt sein.

✓ **Ein weiterer wichtiger Baustein ist die kommunale Verkehrsüberwachung.** Gerade bei Geschwindigkeitsverstößen und Verstößen an Ampeln sollen die Kommunen mehr flexible Handlungsmöglichkeiten erhalten. Das ist besonders wichtig an Gefahrenstellen, etwa vor Schulen, Kitas, Seniorenheimen oder an unübersichtlichen Kreuzungen. Dabei geht es ausdrücklich nicht um zusätzliche Einnahmen, sondern um mehr Sicherheit für die Menschen vor Ort.

Neues auf Social Media

In der Mai-Plenarwoche hat Lina Reitz von Reitz Lebensräume mich begleitet und sich angeschaut, wie mein Alltag hier im Parlament eigentlich aussieht. Ich hab mich sehr gefreut, Dich in Düsseldorf begrüßen zu dürfen, liebe Lina! 🙌

Klicken Sie auf das Bild, um zum Post zu gelangen.



